

Das zivilrichterliche Dezernat

Büßer / Tonner

4. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-77297-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Büßer/Tonner
Das zivilrichterliche Dezernat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das zivilrichterliche Dezernat

von

Dr. Janko Büßer

Richter am Oberlandesgericht

und

Dr. Martin Tonner

Richter am Oberlandesgericht

4., vollständig überarbeitete Auflage 2021
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: *Büßer/Tonner* Zivilrichterl. Dezernat § Rn.

*Nur für die bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit wurde
auf eine geschlechterneutrale Sprache verzichtet.
Stattdessen wird im Text das generische Maskulinum verwendet,
in den Beispielen dagegen ausschließlich die weibliche Form.*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77297 9

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck, Bindung und Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

In der vorliegenden Neuauflage, die nicht einmal drei Jahre nach der dritten Auflage erscheint, haben wir neben den Änderungen in der ZPO zum 1.1.2020 und der aktuellen Rechtsprechung auch die Verhandlung bzw. Beweisaufnahme im Wege der Bild-Ton-Übertragung gemäß § 128a ZPO berücksichtigt. Diese Möglichkeit einer Online-Verhandlung besteht zwar schon seit 2002, ist aber erst im Zuge der COVID-19-Pandemie ab Frühjahr 2020 im Gerichtsalltag angekommen. Auch ansonsten wird die Digitalisierung des Zivilverfahrens voranschreiten. Ab dem 1.1.2022 sind die Rechtsanwälte verpflichtet, elektronische Dokumente bei Gericht einzureichen. Damit ist eine weitere Brücke zur elektronischen Akte geschlagen, die wir in dieser Auflage aber noch unberücksichtigt lassen, weil es nach unserer Beobachtung bislang nur Pilotprojekte in den einzelnen Gerichtszweigen gibt.

Darüber hinaus haben wir nun endlich den „Umgang mit verspätetem Parteivorbringen“ aufgenommen, ansonsten aber auch in dieser Auflage dem Drang zur inhaltlichen Erweiterung widerstanden, da sich an dem Charakter des Buches als Einstiegshilfe nichts ändern sollte.

Für Kritik und Anregungen sind wir weiterhin sehr dankbar.

Hamburg im Juni 2021

*Janko Büßler
Martin Tonner*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Der Arbeitsalltag eines Zivilrichters besteht im Wesentlichen aus zwei Konstanten: der Gestaltung des Verfahrens und dem Abfassen von Entscheidungen. Wenn Sie erstmals als Beisitzer einer Zivilkammer am Landgericht eingesetzt werden bzw. den Vorsitz einer Zivilabteilung am Amtsgericht übernehmen, werden Sie sich vielleicht nicht auf sämtliche Anforderungen hinreichend vorbereitet fühlen, zumal diese Anforderungen stetig steigen: Das Recht wird internationaler und komplexer, Rechtsanwälte spezialisieren sich zunehmend auf bestimmte Rechtsgebiete und nicht zuletzt erhöht sich die Arbeitsbelastung. Unverändert bleibt die berechnete Erwartung der Parteien auf schnelle und sachgerechte Erledigung des Rechtsstreits.

Dieses Buch soll Ihnen den Einstieg in Ihre Zivilrichtertätigkeit erleichtern und helfen, die nötige Sicherheit bei der Gestaltung der Verfahren und im Umgang mit dem Bestand Ihres Dezernats schnellstmöglich zu erlangen. Nach unserer Vorstellung soll diese Hilfe auf zwei Arten erfolgen: Zum einen können Sie sich einen Überblick über den Ablauf eines Zivilverfahrens und die jeweils anstehenden Arbeitsschritte verschaffen; zum anderen können Sie bei der täglichen Arbeit gezielt darauf zurückgreifen, wenn Sie in bestimmten Situationen Hinweise für die Verfahrensgestaltung oder die Formulierung von Verfügungen, Beschlüssen und Urteilen suchen.

Deshalb haben wir in erster Linie Wert auf die Darstellung der wichtigsten Abläufe und Formalien gelegt und nicht auf die „materielle“ Lösung prozessrechtlicher Probleme, für die Sie im Zweifel auf Kommentare zurückgreifen können. Dabei ist uns selbstverständlich bewusst, dass sich in vielen Konstellationen mehrere Vorgehensweisen, Formulierungen oder Gestaltungen anbieten und es häufig eine Frage der Erfahrung, Routine, manchmal auch der „regionalen Übung“ und nicht zuletzt des persönlichen Stils und Geschmacks ist, für welche Sie sich entscheiden.

Schließlich muss sich die Darstellung im Wesentlichen auf den gewöhnlichen Verfahrensverlauf, den „Standardprozess“, beschränken, der Sie in der täglichen Arbeit am häufigsten beschäftigen wird. Daneben kennt die Praxis der Zivilprozesse natürlich unzählige weitere Konstellationen, in denen der berühmte Blick in das Gesetz nicht genügt, deren Behandlung aber den Rahmen dieses Buches sprengen würde. Wir sind uns jedoch sicher, dass Sie hierfür und für alle weiteren Fragen jederzeit auf die Hilfsbereitschaft der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Umfeld zurückgreifen können.

Sollten Sie Kritik äußern wollen oder Anregungen haben, bitten wir Sie um eine Nachricht an: info@zivilrichter.net.

Hamburg im Juli 2010

*Janko Büßler
Martin Tonner*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Kapitel Allgemeines

§ 1. Organisation des Zivilverfahrens an Ihrem Gericht	1
I. Geschäftsverteilungsplan	1
1. Geschäftsverteilungsplan des Gerichts	1
2. Kammerinterner Geschäftsverteilungsplan	1
II. Ihre Geschäftsstelle	1
§ 2. Ihr Arbeitsalltag	2
I. Aktenbestand	2
II. Dekretur/Verfügungen	3
1. Dekretur	3
2. Verfügungen	3
III. Tipps	4

2. Kapitel Die Dezernatsarbeit

§ 3. Typische Verfügungen, Entscheidungen und Arbeitsschritte	7
I. Übermittlung von Schriftstücken	7
1. Adressat	7
2. Form der Übermittlung	7
a) Zustellung	8
b) Formlose Mitteilung	8
3. Schriftsätze und gerichtliche Schriftstücke	8
a) Gerichtliche Schriftstücke	8
b) Schriftsätze	8
4. Öffentliche Zustellung	9
a) Voraussetzungen	9
b) Entscheidung	9
5. Wirksamkeit der Zustellung	10
a) Tatsächlicher Zugang des Schriftstücks	10
b) Förmlicher Nachweis der Zustellung	10
c) Ordnungsgemäße Ausführung der Zustellung	10
d) Fristberechnung	11
II. Entscheidung über Fristverlängerung	12
1. Antrag	12
2. Verfahren	12
3. Inhaltliche Prüfung	12
a) Möglichkeit der Fristverlängerung	12
b) Rechtzeitigkeit des Antrags	13
c) Begründetheit des Antrags	13
4. Entscheidung	13
III. Prozessstillstand durch Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	13

1. Unterbrechung	13
a) Verfahren	13
b) Unterbrechungsgründe im Einzelnen	14
2. Aussetzung	16
a) Aussetzung auf Antrag	16
b) Aussetzung von Amts wegen	16
c) Beschluss	17
d) Wirkung	17
3. Ruhen des Verfahrens	18
IV. Einbeziehung Dritter in den Prozess	18
1. Widerklage	18
a) Zulässigkeit der Widerklage	18
b) Zustellung	19
c) Entscheidung	20
d) Besonderheiten bei Drittwiderklagen	20
e) Zwischenfeststellungswiderklage	21
2. Gewillkürter Parteiwechsel in erster Instanz	22
a) Klägerwechsel und -beitritt	22
b) Parteierweiterung auf Beklagtenseite	22
c) Beklagtenwechsel	22
d) Berichtigung des Passivrubrums	23
3. Streitverkündung	23
a) Zustellung	23
b) Reaktion des Dritten	24
V. Streitwertermittlung und -festsetzung	24
1. Maßgebliche Streitwerte	24
a) Zuständigkeitsstreitwert	24
b) Kostenstreitwert	24
c) Rechtsmittelstreitwert	25
2. Ermittlung von Zuständigkeits- und Kostenstreitwert	25
a) Darlegung durch den Kläger	25
b) Gemeinsamkeiten in den Grundkonstellationen	25
c) Unterschiede in besonderen Konstellationen	26
3. Streitwertfestsetzung	27
a) Vorläufige Festsetzung	27
b) Endgültige Festsetzung	27
VI. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	28
1. Adressat des Ablehnungsantrags	28
a) Wartepflicht	28
b) Dienstliche Äußerung	29
c) Abgabe	29
2. Entscheidung über einen Ablehnungsantrag	29
a) Zuständigkeit	29
b) Rechtliches Gehör	30
c) Entscheidung	30
d) Sofortige Beschwerde	31
3. Übernahme eines Verfahrens von einem abgelehnten Kollegen	31
VII. Akteneinsichtsgesuch	31
1. Parteien	31
2. Dritte	32
VIII. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	32
1. Verfahren	32
2. Entscheidung	32
IX. Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter bzw. die Zivilkammer	33

1. Originärer und obligatorischer Einzelrichter	33
a) Richter auf Probe	33
b) Spezialekammer	33
2. Übertragung auf den Einzelrichter	33
3. Übertragung auf die Kammer	34
4. Berichterstattung in Kammersachen	34
X. Gütliche Beilegung des Rechtsstreits	34
1. Güteverhandlung	34
2. Vergleichsbeschluss (§ 278 VI ZPO)	34
a) Vergleichsvorschlag	34
b) Beschluss	36
3. Verweisung vor den Güterichter (§ 278 V ZPO)	36
4. Außergerichtliche Konfliktbeilegung (§ 278a ZPO)	37
5. Streit über die Wirksamkeit eines Vergleichs	37
§ 4. Richterliche Hinweispflichten	38
I. Allgemeines	38
1. Sinn und Zweck	38
2. Adressat der Hinweise	38
3. Zeitpunkt der Hinweise	38
4. Umfang der Hinweise	39
5. Dokumentation	40
6. Grenzen der Hinweispflicht	40
7. Folgen der Verletzung der Hinweispflicht	41
II. Gegenstand der Hinweise	41
1. Zulässigkeitsbedenken	41
2. Sachanträge	41
3. Sachvortrag	42
4. Beweismittel	42
5. Verbot von Überraschungsentscheidungen	42
<p>3. Kapitel Der Ablauf des erstinstanzlichen Verfahrens</p>	
§ 5. Erste Arbeitsschritte nach Eingang der Klage	43
I. Eingang der Sachen bei Gericht	43
II. Prüfung Ihrer gerichtlichen Zuständigkeit	44
1. Zuständigkeit Ihrer Abteilung/Kammer	44
2. Kammerinterne Zuständigkeit	44
3. Sachzusammenhang	44
III. Die formalen Voraussetzungen der Zustellung	45
1. Gerichtskostenvorschuss	45
2. Notwendiger Inhalt der Klageschrift	46
3. Beglaubigte Abschriften	47
4. Zustellung im Ausland	47
IV. Wahl der Verfahrensart und Zustellung der Klageschrift	47
1. Vorbereitung des Haupttermins	47
a) Wahl der Verfahrensart	48
b) Hinweise und Auflagen an die Parteien	49
c) Schriftlicher Vergleichsvorschlag	50
2. Ausführung der Zustellung	50
3. Wiedervorlagefrist	51
4. Unterschrift	51
5. Beispielsverfügungen	51
a) Früher erster Termin	51
b) Schriftliches Vorverfahren	51

§ 6. Der Fortgang des Verfahrens	52
I. Zustellungsproblem	52
II. Schriftlicher Vergleich	53
III. Weiterer Verlauf bei Anberaumung eines frühen ersten Termins	53
1. Reaktionen der Parteien	53
a) Anträge auf Fristverlängerung oder Terminsverlegung	53
b) Reaktionen des Klägers	53
c) Reaktionen des Beklagten	54
2. Durchführung des Termins	57
IV. Weiterer Verlauf bei Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens	57
1. Reaktionen der Parteien	57
a) Fristverlängerungsantrag	57
b) Reaktionen des Klägers	57
c) Reaktionen des Beklagten	57
2. Sitzungs- und Verkündungstermin	58
§ 7. Prozessverlauf nach Mahnverfahren	58
I. Widerspruch gegen einen Mahnbescheid	58
1. Der Weg der Akte	58
2. Verfahrensablauf	59
a) Anspruchsbegründung geht nicht ein	59
b) Anspruchsbegründung geht ein	59
3. Die Entscheidung	59
4. Besonderheiten	59
a) Rücknahme des Antrags auf Durchführung des streitigen Verfahrens	59
b) Rücknahmefiktion bei geringerem Antrag	60
c) Rücknahme des Widerspruchs	60
II. Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid	60
1. Der Weg der Akte	60
2. Unzulässigkeit des Einspruchs	60
a) Hinweis	60
b) Entscheidung	61
3. Zulässigkeit des Einspruchs	61
a) Anspruchsbegründung liegt nicht vor	61
b) Anspruchsbegründung liegt vor	62
4. Säumnis des Beklagten im Einspruchstermin	62
5. Die Entscheidung	62

4. Kapitel

Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweisaufnahme, Verkündungstermin

§ 8. Güteverhandlung und mündliche Verhandlung	63
I. Die Anberaumung des Termins	63
1. Gestaltung des Sitzungstages	63
2. Ladung	63
a) Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweistermin	63
b) Termin	64
c) Beteiligte	64
d) Weitere vorbereitende Anordnungen	65
e) Wiedervorlagefrist	65
f) Beispielsverfügung	65
3. Verfügungen vor dem Termin	66
a) Terminaufhebung und -verlegung	66
b) Entbindung vom persönlichen Erscheinen	66

II. Vorbereitung des Termins	67
1. Hospitation	67
2. Kleidung	67
3. Inhaltliche Vorbereitung	67
4. Protokollierung	68
5. Vorbereitung am Terminstag	68
III. Umgang mit den Beteiligten	68
1. Allgemeine Tipps	68
2. „Sitzungspolizei“	69
IV. Ablauf des Termins	70
1. Beginn	70
a) Anwesenheit	70
b) Dolmetscherbeeidigung	71
c) Übergabe von Schriftstücken	71
2. Güteverhandlung	71
a) Einführung in den Sach- und Streitstand	71
b) Anhörung	72
c) Vergleichsgespräche	72
3. Mündliche Verhandlung	74
a) Sachanträge	75
b) Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	75
c) Hinweise	76
d) Anträge auf Protokollierung (§ 160 IV ZPO)	76
4. Beweisaufnahme	77
5. Schluss der mündlichen Verhandlung	77
a) Entscheidung des Rechtsstreits	77
b) Prozessleitende Anordnungen	78
6. Abschluss des Protokolls	81
V. Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung (§ 128a ZPO)	81
1. Rechtliche Voraussetzungen der Videoverhandlung gemäß § 128a I ZPO	81
a) Anordnung oder Ablehnung der Videoverhandlung durch Beschluss	81
b) Abwesenheit der Parteien	83
c) Protokollierung und Öffentlichkeit	84
2. Praktische Durchführung	85
§ 9. Beweisaufnahme	86
I. Grundsätzliches	86
1. Ziel der Beweisaufnahme: Gewinnung der richterlichen Überzeugung	86
2. Gegenstand der Beweiserhebung	87
3. Beweisarten	88
a) Strengbeweis	88
b) Freibeweis	88
c) Glaubhaftmachung	89
4. Darlegungs- und Beweislast	89
a) Begriffe	89
b) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	91
c) Beweiserleichterungen	94
II. Die Entscheidung über die Beweiserhebung	96
1. Entscheidungserheblichkeit und Beweisbedürftigkeit	96
a) Entscheidungserheblichkeit	96
b) Beweisbedürftigkeit	97
c) Umgang mit Hauptbeweis und Gegenbeweis	98
d) Beweisverwertungsverbote	99
2. Hinreichender Beweisantritt	99
a) Form des Beweisantritts	99

b) Inhalt des Beweisantritts	99
c) Zurücknahme von Beweisanträgen	103
3. Ablehnung der Beweiserhebung	103
a) Ablehnungsgründe	103
b) Verfahren	104
4. Beweisbeschluss und formlose Beweisanordnung	104
a) Beweisbeschluss	104
b) Formlose Beweisanordnung	105
5. Ladung zum Beweisaufnahmetermin	105
III. Durchführung der Beweisaufnahme	107
1. Allgemeines zur Beweisaufnahme	107
a) Grundsatz der Unmittelbarkeit und Grundsatz der Parteiöffentlichkeit	107
b) Ablauf des Beweisaufnahmetermins und anschließende Erörterung	108
2. Die einzelnen Beweismittel	109
a) Beweis durch Augenschein, insbesondere Ortstermin	109
b) Zeugenbeweis	109
c) Beweis durch Sachverständige	113
d) Beweis durch Urkunden	117
e) Beweis durch Parteivernehmung	117
3. Beweisaufnahme im Wege der Videovernehmung gemäß § 128a II ZPO	118
a) Rechtliche Voraussetzungen	119
b) Praktische Überlegungen	120
IV. Der Umgang mit dem Beweisergebnis	121
1. Ergiebigkeit	121
2. Beweiswürdigung	121
a) Grundsätzliches zur Beweiswürdigung	121
b) Maßstab der Überzeugungsbildung	122
3. Darstellung der Beweiswürdigung im Urteil	122
a) Allgemeines	122
b) Aufbauvarianten	123
c) Beweiswürdigung bei einzelnen Beweismitteln und in besonderen Konstellationen	124
§ 10. Der Umgang mit verspätetem Parteivorbringen	129
I. Was ist verspätetes Vorbringen?	129
1. Angriffs- und Verteidigungsmittel	129
2. Verspätung	129
a) Fälle des § 296 I ZPO: Vorbringen nach Ablauf einer richterlich gesetzten Frist	129
b) Fälle des § 296 II ZPO: Verstoß gegen allgemeine Prozessförderungspflichten	130
c) Fälle des § 296 III ZPO: Verspätete Rüge des Beklagten betreffend die Zulässigkeit der Klage	130
d) Weitere Fälle	130
II. Wann führt verspätetes Vorbringen zur Präklusion?	131
1. Verschulden	132
a) Nur bei förmlich richtiger Fristsetzung	132
b) Keine Entschuldigung	132
2. Verzögerung	132
a) Notwendigkeit weiterer Tatsachenermittlung	132
b) Verzögerungsbegriffe	133
3. Umgehungsmöglichkeiten für die Parteien	133
III. Rechtsfolgen und praktische Umsetzung der Entscheidung über die Zulassung verspäteten Vortrags	134

1. Erster Schritt: Gewährung rechtlichen Gehörs	134
2. Zweiter Schritt: Entscheidung über die Zulassung verspäteten Vorbringens	134
a) Zulassung verspäteten Vorbringens	134
b) Zurückweisung verspäteten Vorbringens	134
c) Schriftsatznachlass	135
§ 11. Verkündungstermin, Wiedereröffnung	136
I. Korrektur und Berichtigung des Protokolls	136
II. Verkündungstermin	136
1. Urteilsverkündung	137
2. Verlegung des Verkündungstermins	137
III. Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	137
1. Wiedereröffnungsgründe	137
2. Zeitpunkt und Form	138
3. Schriftliches Verfahren, § 128 II ZPO	138

5. Kapitel

Urteil, Erledigung, Klagerücknahme

§ 12. Das Urteil	139
I. Gesetzlicher Rahmen	139
II. Urteilsarten	139
1. Bezeichnung des Urteils	140
2. Kombinationen	141
III. Aufbau und Abfassung des Urteils	141
1. Die Elemente des Urteils im Überblick	141
2. Rubrum	141
3. Tenorierung	142
a) Hauptsache	143
b) Kosten	143
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit	146
d) Besondere Konstellationen	148
4. Tatbestand	153
a) Allgemeines	153
b) Besondere Konstellationen	155
5. Entscheidungsgründe	156
a) Allgemeines	156
b) Besondere Umstände	159
6. Rechtsbehelfsbelehrung	159
7. Unterschriften	160
8. Weitere mögliche Bestandteile des Urteils	160
a) Streitwertfestsetzung	160
b) Berufungszulassung	161
IV. Urteile in besonderen Konstellationen	161
1. Anerkenntnisurteil	161
a) Tenor	161
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	163
2. Versäumnisurteil	163
3. Teil- und Schlussurteil	163
a) Teilurteil	163
b) Schlussurteil	164
4. Grundurteil	164
a) Tenor	164
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	165
c) Betragsverfahren	165

5. Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Klage	165
a) Tenor	165
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	166
c) Hauptsacheverfahren	166
6. Vorbehaltsurteil	166
a) Tenor	166
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	169
7. Verzichtsurteil	169
a) Tenor	169
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	169
8. Urteil nach Mahnverfahren	169
a) Tenor	169
b) Tatbestand	170
c) Entscheidungsgründe	171
9. Klageänderung und teilweise Klagerücknahme	171
a) Tenor	171
b) Tatbestand	171
c) Entscheidungsgründe	172
10. Klage und Widerklage	172
a) Tenor	173
b) Tatbestand	173
c) Entscheidungsgründe	175
11. Prozessaufrechnung	175
a) Tenor	175
b) Tatbestand	175
c) Entscheidungsgründe	176
12. Mehrheit von Streitgegenständen	176
a) Objektive Klagehäufung	176
b) Stufenklage	176
c) Eventualklagehäufung (Haupt- und Hilfsantrag)	177
13. Mehrheit von Parteien oder Beteiligten	178
a) Gewillkürter Parteiwechsel	178
b) Streitgenossenschaft	179
c) Streithelfer	181
d) Streitverkündung	183
14. Prozessvergleich	183
15. Urteil im einstweiligen Rechtsschutz	184
16. Berufungsurteil	184
17. Urteile im Rahmen der Zwangsvollstreckung	184
V. Berichtigung und Ergänzung des Urteils	184
1. Berichtigung des Urteils nach § 319 ZPO	184
2. Berichtigung des Tatbestands nach § 320 ZPO	186
3. Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO	187
a) Verfahren	187
b) Umfang	188
§ 13. Die Erledigung des Rechtsstreits	189
I. Übereinstimmende Erledigungserklärungen	189
1. Vollständige Erledigungserklärungen	189
a) Verfahren	189
b) Fertigung des Beschlusses	190
2. Teilweise Erledigungserklärungen	191
II. Einseitige Erledigungserklärung	191
1. Vollständige Erledigungserklärung	191
2. Teilweise Erledigungserklärung	193

§ 14. Die Klagerücknahme	193
I. Rücknahme vor mündlicher Verhandlung des Beklagten	193
II. Rücknahme nach mündlicher Verhandlung des Beklagten	195
1. Einwilligung liegt vor	195
2. Einwilligung liegt nicht vor	195

6. Kapitel Besondere Verfahren

§ 15. Säumnisverfahren	197
I. Säumnis einer Partei in der mündlichen Verhandlung	197
1. Erlass eines Versäumnisurteils	197
a) Formale Voraussetzungen	197
b) Materielle Voraussetzungen	198
2. Entscheidung nach Lage der Akten	199
II. Säumnis beider Parteien in der mündlichen Verhandlung	200
III. Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	200
IV. Einspruchsverfahren	201
1. Unzulässigkeit des Einspruchs	201
2. Einspruchstermin	202
3. Die Entscheidung	202
a) Tenor	202
b) Tatbestand	203
c) Entscheidungsgründe	204
§ 16. (Isoliertes) Prozesskostenhilfverfahren	204
I. Voraussetzungen des § 114 ZPO	204
II. Verfahren	205
1. Hinweise und Auflagen für den Antragsteller	205
2. Rechtliches Gehör	205
3. Beispielsverfügung	205
4. PKH-Prüftermin	205
III. Verweisung	206
IV. Entscheidung über den PKH-Antrag	206
1. Grundsätze	206
2. Bewilligung	206
a) Beiordnung eines Rechtsanwalts	206
b) Beschluss	207
c) Verfügung	207
d) Folgen der Bewilligung für das Verfahren	207
3. Versagung	208
V. Sofortige Beschwerde	208
1. Gegen Bewilligung ohne Ratenzahlung	208
2. Gegen Bewilligung mit Ratenzahlung und Versagung	208
VI. PKH-Antrag des Beklagten	209
§ 17. Vereinfachtes Verfahren gemäß § 495a ZPO	210
I. Anwendbarkeit	210
II. Verfahrenserleichterungen	211
III. Entscheidungen	212
IV. Rechtsmittel: Gehörsrüge	212
§ 18. Selbstständiges Beweisverfahren	212
I. Allgemeines	213
II. Verfahren	213
1. Einleitung des Verfahrens	213
a) Beweisantrag	214
b) Zuständigkeit	214

c) Rechtliches Gehör	214
2. Entscheidung	215
3. Durchführung der Beweisaufnahme	215
III. Abschluss und Wirkung des Verfahrens	216
§ 19. Urkunden- und Wechselprozess	218
I. Allgemeines	218
II. Vorverfahren	218
III. Nachverfahren	220
IV. Besonderheiten des Wechsel- und Scheckprozesses	221
§ 20. Einstweiliger Rechtsschutz	222
I. Allgemeines	222
II. Arrest	222
1. Verfahren nach Eingang eines Arrestantrags	222
a) Erlass des Arrests	222
b) Verfahren bei Nichterlass des Arrests	224
2. Verfahren nach Widerspruch	225
a) Verfahrensablauf	225
b) Urteil nach Widerspruch	225
III. Einstweilige Verfügung	226
1. Vorgehensweise nach Eingang eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	227
a) Erste Arbeitsschritte	227
b) Rechtliche Prüfung	228
c) Entscheidung über das weitere Vorgehen	228
2. Verfahren nach Eingang eines Widerspruchs	231
a) Anberaumung der mündlichen Verhandlung	231
b) Entscheidung durch Urteil	231
3. Weitere Schritte nach Erlass oder Bestätigung der einstweiligen Verfügung	232
a) Vollziehung der einstweiligen Verfügung	232
b) Anordnung der Klageerhebung	232
c) Aufhebung wegen veränderter Umstände	233
4. Bestrafungsverfahren	233

7. Kapitel

Berufung und sonstige Rechtsbehelfe

§ 21. Das Berufungsverfahren	235
I. Vorlage der Akte beim Richter	235
1. Eingang der Berufungsbegründung	235
2. Fristverlängerungsantrag	235
3. Ablauf der Berufungsbegründungsfrist	236
II. „Vorprüfung“	236
III. Zulässigkeitsprüfung	236
1. Statthaftigkeit	236
a) Berufungsgegenstand	236
b) Beschwer des Berufungsklägers	237
2. Zuständigkeit	237
3. Form und Inhalt	237
4. Frist	239
a) Berufungsfrist	239
b) Berufungsbegründungsfrist	240
5. Entscheidung bei Unzulässigkeit	240
a) Hinweis	240
b) Entscheidung	241

IV. Prüfung der Erfolgsaussichten der Berufung	242
1. Gegenstand des Berufungsverfahrens	242
a) Streitgegenstand und Anträge, § 528 ZPO	242
b) Neue Ansprüche	242
2. Berufungsgrund: Rechtsverletzung, § 513 I Alt. 1 ZPO	242
3. Berufungsgrund: Fehler in der Tatsachenfeststellung, § 513 I Alt. 2 ZPO	243
a) Bindung an den festgestellten Parteivortrag	243
b) Berücksichtigung zu Unrecht zurückgewiesener Angriffs- und Verteidigungsmittel	244
c) Berücksichtigung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel	244
d) Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz	246
4. Besonderheiten	247
a) Unzuständigkeit des Amtsgerichts	247
b) Zweites Versäumnisurteil	248
V. Zurückweisung der Berufung nach § 522 II ZPO	248
1. Keine Erfolgsaussichten	248
2. Weitere Zurückweisungsvoraussetzungen nach Satz 1	248
a) Keine grundsätzliche Bedeutung	248
b) Kein Berufungsurteil erforderlich	248
c) Keine mündliche Verhandlung geboten	248
3. Hinweis	249
4. Entscheidung	249
a) Zurückweisung durch Beschluss	249
b) Fortgang des Verfahrens	251
VI. Anberaumung eines Berufungstermins	251
1. Übertragung auf den Einzelrichter	251
2. Terminierung	251
VII. Durchführung des Termins	252
VIII. Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	252
1. Berufungsrücknahme	252
2. Klagerücknahme	253
3. Klageverzicht	253
4. Anerkenntnis	253
5. Vergleich	253
IX. Beendigung des Verfahrens durch streitiges Berufungsurteil	253
1. Tenor	253
a) Verwerfung der unzulässigen Berufung	253
b) Zurückweisung der unbegründeten Berufung	254
c) Abänderung des angefochtenen Urteils	254
d) Teilweise Abänderung des angefochtenen Urteils	255
e) Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung	255
f) Zulassung der Revision	255
2. Bezugnahme auf den Tatbestand	256
3. Entscheidungsgründe	257
4. Verkündung	257
X. Anschlussberufung	257
XI. Prozesskostenhilfe	258
1. PKH-Antrag des Berufungsklägers	258
a) Bedingte Berufungseinlegung	258
b) Isolierter PKH-Antrag	259
c) PKH-Antrag neben Berufungseinlegung	259
2. PKH-Antrag des Berufungsbeklagten	260
§ 22. Sofortige Beschwerde	260
I. Sofortige Beschwerde gegen Ihren Beschluss	260

1. Abhilfe	260
2. Verwerfung	261
3. Nichtabhilfe	261
II. Entscheidung über eine sofortige Beschwerde	262
1. Vorprüfung	262
a) Zuständigkeit	262
b) Einholung des Nichtabhilfebeschlusses	262
2. Zulässigkeit der Beschwerde	262
a) Statthaftigkeit	262
b) Beschwerdefrist	263
c) Form der Beschwerde	263
3. Begründetheit der Beschwerde	264
4. Entscheidung über die Beschwerde	264
a) Unzulässigkeit	264
b) Unbegründetheit	264
c) Begründetheit	264
5. Rücknahme der sofortigen Beschwerde	265
§ 23. Gehörsrüge	265
I. Zulässigkeit der Gehörsrüge	265
1. Statthaftigkeit	265
2. Form	265
3. Frist	266
II. Begründetheit der Gehörsrüge	266
1. Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	266
2. Entscheidungserheblichkeit	266
III. Anhörung des Gegners	266
IV. Entscheidung über die Gehörsrüge	267
1. Unzulässigkeit	267
2. Unbegründetheit	267
3. Begründetheit	267
§ 24. Verzögerungsrüge	268
Stichwortverzeichnis	269